

Delegierte gegen Gesundheitsreform

Karl-Josef Laumann war zu Gast auf der
Vertreterversammlung der KV Nordrhein

Auf der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo) am 25. November war die Gesundheitsreform das zentrale Thema. Dazu kam ein besonderer Gast: Karl-Josef Laumann (CDU), Gesundheitsminister Nordrhein-Westfalens.

Änderungen am Gesetz noch möglich

Änderungen an der Gesundheitsreform seien noch möglich, kündigte Laumann an, aber nur in Details. Die von der Großen Koalition verabredeten Eckpunkte blieben unverändert. „Diese Reform wird die Ärzte nicht zufrieden stellen“, so der NRW-Gesundheitsminister. Um das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz erträglicher zu gestalten, setzt Laumann auf die „gute Kooperation“ mit der KVNo. So mache er sich zum Beispiel dafür stark, dass die KVen in die Verträge der hausarztzentrierten Versorgung hereinkommen können.

Verständnis zeigte Laumann für die Forderung der Ärzte nach angemessener Bezahlung. Doch die Sozialkassen seien leer. Der Grund: Es gebe nur noch 26 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, aber 74 Millionen gesetzlich Versicherte. „Das ist ein Riesenproblem“, so der Minister.

Um dies zu lösen, sei die solidarische Gesundheitsprämie ein wichtiger Baustein. Sie führe weg vom Lohn als Basis für die Beiträge. „Die Tür für eine bessere Vergütung machen wir damit einen kleinen Spalt auf“, erklärte Laumann. Bis zu 40 Euro pro Versichertem könne die Prämie betragen – unabhängig vom Einkommen.

Mehrere Delegierte warfen Laumann vor, die CDU habe sich von



Karl-Josef Laumann: „Wir können an der Bettdecke Gesundheitswesen ziehen, wie wir wollen – es wird immer jemanden frieren, weil die Decke zu kurz ist.“ Foto: MAGS

der SPD in den Verhandlungen des Gesundheitskompromisses über den Tisch ziehen lassen. Der Minister hielt dagegen: „Wir haben viel Schlimmeres verhindert.“ Die SPD habe auf direktem Weg in die Staatsmedizin marschieren wollen.

Kein fairer Wettbewerb

„Diese Reform macht krank“, erklärte Dr. Leonhard Hansen. Der Vorsitzende der KVNo rief dazu auf, die Kritik an der Reform mit vielfältigen Aktionen deutlich zu machen, unter anderem am 4. Dezember (siehe auch S. 9).

Ohnmacht und Wut hätten sich bei den Ärzten und Psychologischen Psychotherapeuten aufgestaut. Nach 15 Jahren Budgetierung drohe der Zusammenbruch des Systems. Die Kassen sollen künftig in Direkt- und Einzelverträgen nahezu alle ambulanten Leistungen einkaufen können. „Das ist alles andere als ein fairer Wettbewerb“, so Hansen.

Auch die geplante Zulassung der Kliniken zur ambulanten Versorgung gehöre nach Hansens Worten in die Rubrik „Pseudowettbewerb“. Denn im Unterschied zu den Krankenhäusern erhalten niedergelassene Fachärzte keine Investitionsmittel der öffentlichen Hand.

„Wir brauchen mehr Geld, um die Praxen aufrechtzuerhalten“, erklärte Angelika Haus. Das ist nach Worten der Vorsitzenden des Hartmann-

bund-Landesverbands Nordrhein auch im Interesse der Patienten, denn: „Wer sonst soll sie versorgen?“

Dr. Dirk Mecking stellte klar: „Wir leisten die Versorgung – aber zu unhaltbaren Preisen.“ Es würden jedes Jahr mehrere Milliarden Euro von der GKV in andere Sozialversicherungszweige verschoben. „Wenn Sie das stoppen, steht genug Geld für die Praxen zur Verfügung“, sagte der Vorsitzende des Hausärzterverbands in Nordrhein.

Einstimmig beschlossen die Delegierten eine Resolution zur Gesundheitsreform: „Statt ein bewährtes System (...) zu zerstören, sollte die Koalition den Mut aufbringen (...) unser bewährtes System (...) weiterzuentwickeln.“ Auf diesem Weg müssten der Missbrauch der GKV durch die „Verschiebebahnhöfe“ beendet, Eigenbeteiligungen der Patienten erweitert und die private Krankenversicherung erhalten werden.

Nach der Versammlung der Ärztekammer beschloss auch die Vertreterversammlung der KVNo einstimmig eine Resolution zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Darin werden fünf Bedingungen formuliert, unter denen die Einführung nur Sinn macht. Dazu zählen unter anderem eine sichtbare Berücksichtigung ärztlicher Belange, keine Verschlechterung der Arzt-Patienten-Beziehung sowie eine ausgeglichene Kosten-Nutzen-Relation für Praxen und Krankenhäuser.

Auch die neue Notfalldienstordnung wurde verabschiedet. Die wichtigsten Änderungen:

- Dienstaustausch bedarf der Genehmigung des Kreisstellenvorstands.
- Einführung eines zentralen Vertreterverzeichnisses. Das dürfte vermutlich bis Mitte 2007 umgesetzt sein.
- Privatärzte müssen sich an der Notdienst-Umlage beteiligen. (siehe dazu Amtliche Bekanntmachungen S. 63f.)

Unverändert bleibt die Verwaltungsumlage. EDV-Abrechner zahlen auch im kommenden Jahr 2,8 Prozent des GKV-Umsatzes an die KVNo. Bei Praxen, die ihre Abrechnung nicht per Diskette vornehmen, liegt der Verwaltungskostensatz 2007 bei 3,5 Prozent. Frank Naundorf